

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gepaßene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 4 :. 30. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-  
straße 10b :. Telephon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 28. Januar 1916

**Inhalt.** Monatsbeitrag. — An die Lederwaren- und Reiseartikelarbeiter in Berlin, Freiberg i. Sachl., Offenbach-Frankfurt und Stuttgart. — Gewerkschaftsstimmen zu den Parteiwirren. — Lohnsatz und Militärverwaltung. — Bericht von der 11. Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner Heeresausrüstungs-Gewerbe. — Sitzung der Schlichtungskommission für das Lederausrüstungs-Gewerbe, Nürnberg. — Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Befestigung des Zentralvorstandes. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 30. Januar bis 5. Februar ist der 5. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbandsgegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

## An die Lederwaren- und Reiseartikelarbeiter in Berlin, Freiberg i. Sachl., Offenbach-Frankfurt und Stuttgart.

In dem letztwöchigen Leitartikel unserer Zeitung wurde erneut der Nachweis zu erbringen versucht, warum denkende Arbeiter und Arbeiterinnen ihrer Berufsorganisation angehören müssen. Heute möchten wir allen in der Lederwaren- und Reiseartikelindustrie Beschäftigten ganz besonders die Organisationspflicht ans Herz legen, und zwar aus ganz naheliegenden Gründen.

Nur wenige Wochen trennen uns noch von dem Zeitpunkte, an dem in den Kreisen der Lederwarenarbeiter vollständige Klarheit über die fernere Gestaltung der Tarifverträge in Berlin, Freiberg i. S., Offenbach-Frankfurt und Stuttgart geschaffen sein muß. Nach den vertraglichen Bestimmungen über die Gültigkeitsdauer läuft der Vertrag bis zum 30. Juni 1917, wenn er nicht bis zum 31. März 1916 gekündigt worden ist. Gleichzeitig heißt es dann weiter:

„Kündigt eine der vertraglichschließenden Parteien den Vertrag, so sind die beiderseitigen örtlichen Organisationen verpflichtet, durch eine den Verhältnissen entsprechende Anzahl Vertreter einen neuen Vertrag vorzubereiten. Falls hier eine Einigung nicht erzielt wird, ist das Zentraltarifamt anzurufen.“

Die Frage, was nun geschehen soll, ist äußerst schwierig zu beantworten. Leider ist keine Aussicht vorhanden, daß bis zum Kündigungsstermin der entscheidende Krieg beendet sein wird, wir uns also noch im Zeichen des Burgfriedens befinden.

Ohne sich erst auf theoretische Berechnungen einzulassen, wird jeder vernünftige Mensch zugeben müssen, daß die jetzt herrschende und voraussichtlich noch lange Zeit andauernde Teuerung der gesamten Lebenshaltung eine nicht unwesentliche Erhöhung der Löhne bedingt.

Die Art, wie die meisten Lederwarenfabrikanten im Vorjahre sich zu der freiwillig zu gewährenden Teuerungszulage gestellt haben, läßt auch nicht viel für die Zukunft erhoffen, wenn diese Freiwilligkeit nicht zu einer Pflicht der Gesamtunternehmensgemeinschaft gemacht wird. Ob dies im Rahmen der jetzt geltenden Verträge gemacht werden kann, hängt im wesentlichen von der Einsicht der Fabrikanten ab. Zeigen sie sich in diesem Punkte entgegenkommend, so dürften sie damit auf Verständnis bei den Arbeitern stoßen, und wir könnten mit gutem Gewissen eine Verlängerung der Verträge auf ein Jahr befürworten. Damit wollen wir aber durchaus nicht gesagt haben, daß

die Verträge nicht auch noch in anderen Punkten verbesserungsbedürftig sind. Aber im Interesse des Burgfriedens und aus der Erkenntnis heraus, daß alle Kreise jetzt Opfer bringen müssen, würden wir raten, alle anderen Wünsche bis zu normalen Zeiten zurückzustellen.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Lederwaren- und Reiseartikelfabrikanten die Zurückhaltung der Arbeiterschaft zu würdigen wissen und ein durch die in Betracht kommende Organisationen zu machendes Anerbieten vertraglich anerkennen. Wir unterlassen es daher, in weitgehendere Erwägungen einzutreten.

Von den in der Lederwaren- und Reiseartikelindustrie tätigen Kollegen erwarten wir, daß sie in den nächsten Wochen zu der hier aufgeworfenen Frage Stellung nehmen und Vorschläge an die Zentraltarifkommission einreichen.

Täusche sich niemand über die Situation und glaube, ohne persönliche Anteilnahme Erfolge einstreichen zu können. Die Fabrikanten sind in der Lage, sich jederzeit über die Zugehörigkeit ihrer Arbeiter zur Berufsorganisation zu orientieren. Sind die zu diesem Zwecke anberaumten Versammlungen gut besucht, vertreten die Kollegen ihre Ansprüche in würdiger Weise und sorgen sie, daß alle Kollegen und Kolleginnen unserem Verbandsangehören, dann werden die Fabrikanten sich entgegenkommender zeigen, als wenn ihnen das Gegenteil bekannt ist.

Sollten trotz rühriger Mitarbeit der Gesamtkollegenchaft die von uns bereits angebahnten Verhandlungen kein zufriedenstellendes Resultat zeitigen, so werden wir über die noch zu treffenden Maßnahmen eine einheitliche Verständigung der Arbeiter aus den vier Tarifgebieten ermöglichen. Bis dahin tue jeder seine Pflicht im ange deuteten Sinne.

Mit kollegialem Gruß  
Die Zentraltarifkommission.

## Gewerkschaftsstimmen zu den Parteiwirren.

Bei dem lebhaften Interesse, welches die Gewerkschaften für die Einheit der Partei an den Tag legen, ist es begreiflich, wenn die Gewerkschaftspresse einmütig und mit Schärfe sich gegen die Parteizetterschreiber wendet. So schließt das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ seinen letztwöchigen Leitartikel „Zerfetzungsbestrebungen in der deutschen Sozialdemokratie“:

„Die Gewerkschaften sehen der Entwicklung der Dinge in der Partei mit der größten Besorgnis entgegen. Sie sind seit Menschengedenken mit der Partei durch vieles Gemeinsame in Gedankenwelt und Wirksamkeit verbunden. Beide sind aufeinander angewiesen, und ihre Mitgliederfreie sind vielfach die gleichen. Es bedurfte nicht erst der Mannheimer Resolution, um beide zu veranlassen, sich in großen gemeinsamen Fragen der Arbeiterbewegung zu verständigen. Seit dem Mannheimer Beschluß ist aber die Entscheidung über solche Fragen in die Hand der beiderseitigen Zentralkörperchaft gelegt und die Verständigung dieser zur Voraussetzung der Aktion gemacht. Wir führen das nicht an, um für die Generalkommission ein Entscheidungsrecht über die gegenwärtigen Streitfragen in Anspruch zu nehmen, sondern um darzutun, welche große Bedeutung der Mannheimer Parteitagbeschlüsse den Gewerkschaften in der Gesamtarbeiterbewegung beigemessen hat. Aber an der gegenwärtigen Situation haben die Gewerkschaften ein Lebensinteresse, sowohl hinsichtlich

der Politik der Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 während der Dauer des Kriegszustandes, als auch in bezug auf die Einheit der Partei. Die Politik des 4. August 1914 entspricht den vitalsten Gewerkschaftsinteressen: sie sichert die Fernhaltung jeder feindlichen Invasion, sie schützt uns vor der Zerstückelung deutschen Gebietes und vor der Vernichtung blühender deutscher Wirtschaftszweige, sie schützt uns vor dem Schicksal eines unglücklichen Kriegesabchlusses, der uns auf Jahrzehnte hinaus mit Kriegsschadigungen belasten würde. Diese Politik sichert uns sowohl die heimischen Industrie- und Rohstoffgebiete als auch die Zufuhr der für unsere Produktion benötigten Rohstoffe und die Ausfuhr und den Abjaß unserer Erzeugnisse in andere Länder. Sie macht die strategischer und wirtschaftlichen Niederwerfungsgelüste unserer Gegner zunichte und gewährleistet der deutschen Arbeit die freie Entwicklung und den freien Weltmarkt. Wir haben die Interessen der deutschen Gewerkschaften am Ausgang dieses Weltkrieges in unserer Besprechung des „Janfonschen Buches Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis“ eingehender dargelegt und möchten auch auf das Studium dieses für die freitragigen Fragen außerordentlich wichtigen und lesenswerten Buches selbst verweisen. Die Gewerkschaften müssen an dieser Politik des 4. August unter allen Umständen festhalten und können nicht einträchtig genug vor den Bestrebungen warnen, diese Politik der jetzigen Fraktion zu durchkreuzen.

Nicht weniger sind die Gewerkschaften aber auch an der Einheit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei interessiert, nicht allein, weil diese Partei seither die politische Interessenvertretung der Arbeiterklasse war und demgemäß auch die gewerkschaftlichen Forderungen zu vertreten hatte, sondern weil die Spaltung der Partei unter Umständen auch zu gefährlichen Zersplitterungsbestrebungen in den Gewerkschaften Anlaß und Nahrung geben könnte. Sie müssen daher erwarten und verlangen, daß nichts unversucht bleibt, um die Zerfetzungsbestrebungen in der Fraktion unwirksam zu machen und deren weitere Ausbreitung zu verhindern. Sie müssen erwarten, daß die Fraktion den Kampf für die Politik des 4. August 1914 wesentlich geschwächt überwindet und nach wie vor als einheitliche und starke Interessenvertretung der Arbeiterklasse bestehen bleibt. Vor allem erwarten sie, daß mit den Spaltungspropagandisten kurzer Prozeß gemacht und deren Einfluß auf die weitere Entwicklung der Partei unschädlich gemacht wird. Darüber möge kein Zweifel walten, daß man die gegenwärtige, durch die ungeahneten Disziplinbrüche hervorgerufene Krisis der Partei in Gewerkschaftskreisen als eine bitter-ernste Wendung betrachtet, die die Gewerkschaften nicht unberührt lassen kann, sondern diese zwingt, rechtzeitig an den Schutz ihrer eigenen Interessen zu denken. Mögen die verantwortlichen Parteifreie ebenso rechtzeitig die Kraft finden, der gefährlichen Zerfetzung Herr zu werden, und möge die Partei in- stant und einig aus diesem Streit hervorgehen. Jede andere Lösung wäre ein Unglück für die deutsche Arbeiterbewegung.“

Der „Textilarbeiter“ zitiert die Neußerungen Mühs über die Unausbleiblichkeit der Parteispaltung und sagt dazu:

„So können nur Leute schreiben, denen jeder Sinn fehlt für die Notwendigkeit erfolgreicher Gegenwartsarbeit zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse. So kann nur schreiben, wer auf dem Standpunkt steht: die Bewegung ist alles, das Ziel nichts. Bewegung in dem hier gemeinten Sinne ist leere Phrasendrescherei, während das Ziel, das sich

die Arbeiterbewegung gesteckt hat und das auf politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Wege erreicht werden soll, darin besteht, die Arbeiter-schaft durch ihr kollektives Wirken zu schützen vor dem Druck jener gesellschaftlichen Elemente, die in den Arbeiter nicht gleichberechtigte Glieder der Gesellschaft, sondern nur Objekte erblicken, die der kapitalistischen Beutejagd dienbar gehalten werden sollen. Deshalb wird Mühe mit seinem Spaltungsevangelium bei den denkenden Arbeitern kein Glück haben, sondern, wie er verdient, glatt fallen gelassen werden, da diese Arbeiter durch den bisherigen Kampf auf allen Kampfgebieten zu gut wissen, daß das vorstehend gezeigte Ziel durch Zusammenstöße selbstgefälliger Nichtsalswortemacher nicht erreicht wird.

Die „Solzarbeiter = Zeitung“ leitet einen Artikel „Die Spaltung der Partei“ mit diesen Worten ein:

„Das seit Wochen Erwartete ist eingetreten, am 21. Dezember haben 20 Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, entgegen den gefaßten Beschlüssen und ungeachtet aller Ermahnungen und Beschwörungen, die angeforderten Kriegskredite abgelehnt. Die Fraktion hat sich zum ersten Male in einer wichtigen Frage gespalten. Ob diese Spaltung zu einer dauernden wird, und ob sie eine Spaltung der Partei nach sich zieht, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Wir halten es für möglich, ja sogar für wahrscheinlich, daß dieses Vergehen vermieden wird, aber die Absonderung der Minderheit ist ein Vorgang von so außerordentlicher Bedeutung, daß er die ernsteste Beachtung verdient. Es handelt sich nicht mehr um eine häusliche Angelegenheit der Reichstagsfraktion, es ist keine Frage, die nur die politische Arbeiterorganisation angeht, auch die Gewerkschaften sind an ihr in hohem Maße interessiert. In der Disziplin, in der Zusammenfassung der Massen und ihre Lenkung nach einem einheitlichen Willen liegt das Geheimnis der Macht der Arbeiterbewegung. Dieser einheitliche Wille ist aber nicht der Ausdruck der Meinung eines einzelnen oder einer kleinen Gruppe, sondern das Ergebnis der Beschlüsse der Gesamtheit. Arbeiterbewegung und Demokratie sind unzertrennliche Begriffe. Demokratie aber bedeutet Unterordnung des Einzelwillens unter den Willen der Gesamtheit. Im Mai sollen alle Meinungen gehört werden, wenn aber ein Beschluß gefaßt ist, dann muß sich ihm auch die unterlegene Minderheit fügen. Handelt sie dem Beschluß entgegen, dann schädigt sie die Gesamtheit und lähmt ihre Kraft. Für die gewerkschaftliche Aktion ist das selbstverständlich und bedarf keiner langen Beweisführung. Die gleichen Grundätze gelten aber auch für die politische Arbeiterbewegung und ihre parlamentarische Vertretung. Der Wille der Arbeiterschaft kann in der gesetzgebenden Körperschaft nur zur Geltung gebracht werden, wenn die Vertreter der Arbeiter geschlossen auftreten. Zerfallen sie in verschiedene Gruppen, dann sinkt die Vertretung der Arbeiterschaft zur Bedeutungslosigkeit herab. Für die gesetzgeberischen Maßnahmen während des Krieges, noch mehr aber für die Zeit, die nachher kommt, brauchen wir notwendig eine einflussreiche Arbeitervertretung im Parlament. Wer durch Zersplitterung den Einfluß der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag mindert, veründigt sich an den heiligsten Interessen der Arbeiter und ladet schwere Schuld auf sich.“

Der „Proletarier“, das Blatt des Verbandes der Fabrikarbeiter, das sich während des ganzen Krieges in dem Streit der politischen Meinungen sehr reserviert verhalten hat, und das sich auch jetzt noch nicht, in dem Streit der verschiedenen Richtungen einmischt, bedauert das Auseinanderfallen der sozialdemokratischen Fraktion bei der Abstimmung über die Kriegskredite und schreibt dann:

„Obwohl, ja gerade weil wir immer bemüht waren, die Zersplitterung und Zerklüftung in der Partei aus den besonderen Verhältnissen, die der Krieg geschaffen hat, zu erklären, müssen wir das selbständige Vorgehen der Minderheit bei der Abstimmung im Reichstag entschieden verurteilen. Ihre Auffassung von der politischen Lage, ihr Urteil über den Kanzler, ihre Forderung an die Regierung mag richtig oder falsch sein — darüber urteilen wir nicht —, ihr Verhalten im Reichstag war ein Verstoß gegen das wichtigste Grundgesetz einer demokratischen Partei. Eine Partei wie die Sozialdemokratie kann nur durch ihre Masse politisch wirksam werden. Ihre Grundätze, ihre Ziele, ihre Forderungen gehen ihrer politischen Aktion die Richtung, werden ihr die Massen, die für die Durchsetzung dieser Aktion notwendig sind; aber alle Kraft und alle Arbeit verpuffen wirkungslos, wenn bei einer gegebenen Aktion die Einigkeit und Einmütigkeit fehlt. Bei der Beratung dürfen die Meinungen auseinandergehen, bei der Ausführung müssen alle Kräfte zusammenwirken. Es ist schon eine bedenkliche Durchlöcherung dieses Grundgesetzes, wenn, wie das seither in der Fraktion üblich war, diejenigen, die der Haltung der Mehrheit nicht zustimmen, sich

der Stimme enthalten durften. Immerhin war das aus mancherlei Erwägungen erklärlich und ohne weittragende Folgen. Sobald aber in der Fraktion die Richtungen gegeneinander stimmen, ist ihre politische Kraft gebrochen. Damit soll gesagt sein, daß wir das Bedenkliche der Haltung der Zwanzig nicht in ihrer Abstimmung bei den Kriegskrediten sehen, sondern in den Konsequenzen, die ihr Verhalten haben kann. Die nächste Zukunft wird die Fraktion noch recht oft vor schwerwiegende Fragen stellen. Dabei wird es voraussichtlich starke Meinungsverschiedenheiten geben. Wenn dann jedes Grüppchen auf eigene Faust Politik machen wollte, so würde das zu recht unerwünschten Zuständen führen. Dann könnte es so kommen, wie der „Grundstein“ vor längerer Zeit andeutete, daß nämlich die Gewerkschaften ein „politisches Aktionszentrum“ bilden oder schaffen müssen. Vorläufig hoffen wir allerdings noch, daß die Partei das schlechte Vorbild der Fraktion nicht nachahmt, daß vor allem die Gewerkschaften in der Partei dafür eintreten, daß die Einheit der Partei über die jetzigen Stürme hinaus gerettet wird. „Um die Zeit nach dem Kriege ist uns nicht bange. Dann wird die Partei voraussichtlich durch dieselben Kräfte zusammengeschnitten werden, die sie heute zur Auflösung treiben wollen.“

Der „Courier“, das Blatt des Transportarbeiterverbandes, sagt in seinem Artikel „Für die Einheit der Arbeiterbewegung“, er betrachte jeden Disziplinbruch in dieser schweren Zeit als das, was er ist, als Hochverrat an den Interessen der Arbeiterklasse und an dieser selbst. Dann schreibt er weiter:

„Woher der Weg? müssen wir denen zurufen, die das oberste Gesetz der sozialen Demokratie in der Reichstagsfraktion anlässlich der letzten Abstimmung über die Kriegskredite mit den Füßen zertrampelt haben. Nicht die Ablehnung der Kriegskredite als solche ist es, die wir verurteilen — über Kriegskredite mag man verschiedener Meinung sein, das ist jedes Mannes gutes Recht —, nein, der hierbei seitens eines Teiles der Minderheit ausgeübte Disziplinbruch ist es, den wir vom Arbeiterstandpunkte aus aufs schärfste verurteilen müssen. Wo soll das hin, wenn von den erwählten Führern den Massen solche unverantwortliche Beispiele der Eigenbrödelei gegeben werden? Werden diese Beispiele auch nur dann und wann von den Massen in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen befolgt, dann ade Partei, ade Gewerkschaftsbewegung, es gibt dann nur noch ein gegenseitiges Zerfleischen, keine geschlossene, einheitliche Kampffront gegenüber dem Gegner mehr. Dann arbeiten wir in Zukunft ganz von selbst dem Kapital in die Hände, legen unserer Macht, unserer Kraft, unserem Willen selbstgeschmiedete Ketten und Fesseln an und die theoretische Freiheit der Minderheit wird zur faktischen Sklaverei der Gesamtheit.“

Geissele Fremdaufwürfe haben schon seit einiger Zeit an den Meinungen gebaut, den Sprengstoff eingebracht und dazu naiv und scheinbar harmlos behauptet, eine kleine Sprengung könne den Bau nicht erschüttern. Nur daß der Sprengstoff unter dem Fundament des Baues lag und die Entzündung der Mine den Grundstein zertrümmerte und dem ganzen Gebäude, mit deflamatorischen Redensarten nicht zu verkleisternde, Risse beibrachte. . . . Und was das Unerhörteste, nie Dagewesene ist: der Disziplinbruch hat schon vor der Tat seine theoretische Rechtfertigung gefunden. Mit der nötigen Kabulistik und Haarspalterei läßt sich — das lehren uns die verschiedenen philosophischen Systeme in der Weltgeschichte — der größte Unfug begründen. Freilich nicht etwa mit Marxismus; denn im kommunistischen Manifest steht als oberste Parole für die Arbeiter: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Eine solche Vereinigung wäre aber ohne das Prinzip: die Minderheit hat sich stets der Mehrheit zu fügen, ein Ding der Unmöglichkeit. Also die Autorität der Mehrheit spricht in diesem Falle mit handebildener Deutlichkeit gegen die Epigonen. Die Minderheit war also bei ihrem Disziplinbruch von allen wirklich guten Geistern verlassen.

Die „Buchbinder = Zeitung“ bringt einen Artikel „Nun aber keine Vertuschung mehr!“ Darin heißt es:

„Das war der schwärzeste Tag in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, der 21. Dezember des Jahres 1915! Das Auseinanderfallen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über die Kriegskredite in eine Mehrheit und eine Minderheit wird von unabsehbaren Folgen sein und auch ihre tiefe Wirkung auf die Gewerkschaften und auf ihre Stellung zur sozialdemokratischen Partei ausüben. . . . Die deutschen Gewerkschaften haben bisher treue Waffenbrüderschaft mit der Sozialdemokratie gehalten. Nicht etwa, weil sie sozialdemokratische Gewerkschaften waren, sondern weil sie einer starken Partei bedurften, die ihre Interessen auf den weiten Gebieten der Sozialpolitik, der Handels- und Zollpolitik, der Gesetzgebung und Gesetzesanwendung verfocht. Das konnte sie aber nur von einer einigen, die Interessen der Gewerkschaften richtig würdigenden und vertretenden Partei

erwarten, die die gewerkschaftsschädlichen Tendenzen innerhalb der eigenen Reihen wiederzufassen vermochte. Damit sieht es jedoch in der sozialdemokratischen Partei, je länger der Krieg dauert, je schlimmer aus. Das muß nunmehr klar und unumwunden ausgesprochen werden. Jedes Vertuschen ist nicht nur schädlich für die Gewerkschaften, sondern auch für die Partei. Will man den Gesundungsprozeß eines Kranken fördern, so muß man den Sitz seiner Krankheit erkannt haben und ihm unter Umständen schonungslos die Wahrheit sagen. Das ist in diesem Falle um so notwendiger, weil sonst der Krankheitsstoff auch auf die Gewerkschaften übertragen werden, ihre Einigkeit, auf der ihre Erfolge beruhen, mit gepregelt werden könnte; eine Gefahr, die bei der Innigkeit der Verbindung beider Zweige der deutschen Arbeiterbewegung beileibe nicht unterschätzt werden darf. . . .

Die deutsche Gewerkschaftspresse hat sich mit wenigen unruhlichen Ausnahmen ebenso wie die verschiedenen Konferenzen der Verbandsvorstände betretet auf den Boden der ehemals erdrückenden Mehrheit der Sozialdemokratie, zu der auch der größte Teil der jetzigen Minderheit gehörte, gestellt: daß wir das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stiche lassen dürfen, da dies auch im ureigenen Interesse der deutschen Arbeiterklasse liege. Sie wird und muß an diesem Standpunkt unerschütterlich festhalten, will sie nicht unühnbare Schuld auf sich laden und der Zukunft der Gewerkschaften kurzfristigerweise den Weg verrammeln. Mit Recht würden die Gewerkschaften den Vorwurf auf sich laden, wenn sie in diesem geschichtlichen Moment, wie er nur alle hundert Jahre einmal vorkommt, versagen und aus falschberathener Neutralität nicht rückhaltlos ihre Meinung sagen, nicht ihre eigenen, klar erkannten Wege gehen würden. „In der Gewerkschaftsgenossenschaft beruht die Zukunft der Arbeiterklasse.“ So schrieb August Bebel 1900 in seiner kleinen Schrift „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien“. Dessen muß sie sich jetzt mehr als je bewußt sein gegenüber jenen, die der Größe der geschichtlichen Aufgaben der Arbeiterklasse nicht gerecht zu werden vermögen und die innerhalb weniger Monate von einem Extrem zum andern schwanken, wie die Bernstein, Büchner, Dittmann, Zubeil und gleichgestimmte Seelen. Nimmermehr können ihnen die Gewerkschaften ihr Schicksal anvertrauen. Mag die Partei es unter sich abmachen, wie lange sie sich die Disziplinlosigkeit ihres „Zentralorgans“, des „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“ und der „Gleichheit“ gefallen lassen will. Die gewerkschaftsfeindliche Stellung dieser Blätter und ihre fortgesetzten Versuche, die Disziplin auch innerhalb der Gewerkschaften zu lockern, werden letztere kraftvoll zurückzuweisen verstehen.“

Schließlich sei noch die „Gewerkschaft“, das Blatt des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, zitiert. Es sagt in seinem Rückblick auf das Jahr 1915:

„Der 21. Dezember — wir sehen ihn als den schwärzesten Tag des verflossenen Jahres an, und vieles, was in jahrelanger, mühevoller Organisationsarbeit aufgebaut wurde, ist mindestens arg gefährdet. Wer die Erklärung der Minderheit in Ruhe auf sich wirken läßt, wird wenig Unterschätzliches von der Mehrheit finden. Am meisten dürften gerade die Anhänger der Minderheit enttäuscht sein; denn auch hier ward kein Weg gefunden, der uns den Frieden bringt, und darauf allein kommt es jetzt an. Was aber darüber ist, nämlich die Gefahr einer Zersplitterung in der deutschen Arbeiterbewegung, ist in gegenwärtiger Zeit so verhängnisvoll, daß man es geradezu als fribol bezeichnen muß, wenn einzelne (angeblich tausende!) um Kühle diese Zersplitterung „herbeiwünschen“. Daß der „Vorwärts“ und die „Neue Zeit“ in dieser schweren Zeit so völlig versagen, bleibt ein trübes Kapitel, mögen die Dinge ausgehen wie sie wollen.“

Diese einmütige Stellungnahme der deutschen Gewerkschaftspresse in Verbindung mit dem Verhalten der deutschen Arbeiterschaft während des Krieges sollte den bernünftigen Elementen der Minderheit zu denken geben; sie sollten von einer Politik ablassen, für die sie wohl durch anonyme Verleumdungs- und Beschuldigungsblätter schlimmster Art aufgeweichte kleine Kreise der Arbeiterschaft, niemals aber die ihrem gefunden Instinkt folgende Masse der deutschen Arbeiter gewinnen können.

## Lohntarif und Militärverwaltung.

Bis zu einem Jahr Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark droht der Kommandierende General des 6. Armeekorps denjenigen Unternehmen an, die es bisher trotz der von der Seeresleitung festgesetzten Tarife verstanden haben, die Arbeiter um einen erheblichen Teil des Lohnes zu prellen. Die Bekanntmachung, die mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft tritt und für die Bereiche der Festungen Breslau und Glatz gilt, lautet:

§ 1. Ein Unternehmer, welcher bei der Ausführung von Leistungen oder Lieferungen, die ihm

von der Heeresverwaltung oder zur Ausführung einer Bestellung der Heeresverwaltung von einem anderen Unternehmer oder Vermittler übertragen worden sind, seinem Arbeitnehmer gegenüber die von den militärischen Beschaffungsstellen jeweilig festgesetzten Lohnsätze nicht innehält oder die bestimmten Löhne in voller Höhe nicht zahlt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark erkannt werden.

§ 2. Machen sich Betriebsleiter, Aufsichtspersonen oder Vermittler, welche die Lohnvereinbarungen mit den Arbeitnehmern abgeschlossen haben oder für die Zahlung der Löhne verantwortlich sind, einer solchen Handlungsweise schuldig, so trifft sie die gleiche Strafe.

§ 3. Dieselbe Strafe trifft auch in den Fällen, in denen ein Unter-Unternehmer gegen die Lohnsätze verstößt, sowohl den ersten Unternehmer als auch jeden Zwischenunternehmer, wenn er bei Weitervergebung der Leistungen oder Lieferungen den Unternehmer nicht zur Einhaltung der von der militärischen Beschaffungsstelle festgesetzten Lohnsätze verpflichtet hat.

§ 4. Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Diese Verordnung sichert den Arbeitern und Arbeiterinnen endlich den von der Heeresleitung für Heeresarbeiten festgesetzten Lohn und macht der Lohnrückerei hoffentlich ein Ende.

## Bericht von der 11. Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner Heeresausüstungsgewerbe.

Am 20. Januar 1916 tagte in den Räumen unseres Verbandsbüreaus, Brückenstraße 10b, die Schlichtungskommission unter dem Vorsitz des Herrn G a n g e m u l l e r. Als Beisitzer sind erschienen die Herren Erdmann und Eder als Arbeitgeber und die Herren Joh. Hoffmann und Schorcht als Arbeitnehmer.

1. Die Firma I s r a e l, Metallwarenfabrik, Berlin SO., Brüder Str. 27/30, fertigt Feldflaschen und die dazu gehörigen Riemenstücke an, hat jedoch die Preise nicht eingehalten, welche der Reichstarif dafür vorsieht. Die Flaschenriemenstücke sind zu meist an die Firma J o r d a n, aber auch an andere Zwischenmeister weiter gegeben worden. Die Zwischenmeister haben für dreiteilige Riemen zum meist 6 Pf. und für vierteilige 7½ Pf. statt 12 Pf. bzw. 15 Pf. bezahlt. Die Firma hat im Betriebe 9 Pf. und 12 Pf. gezahlt. Von einer großen Zahl von Arbeiterinnen ist der Antrag auf Nachzahlung gestellt. Seit einigen Wochen läßt die Firma nur im Zeitlohn arbeiten. In der Verhandlung wurde durch J r a u K o h l erbeitet, daß der gezahlte Stundenlohn von einer bestimmten Stückleistung abhängig gemacht wird. Frau Kohl jagt weiter aus, daß ihre Arbeit, welche sie im Stücklohn angefertigt habe, immer als gut befunden worden sei; von dem Augenblick aber an, wo sie in Zeitlohn gearbeitet habe, hätte ihre Arbeit nichts mehr getaugt. Von den Organisationsvertretern G a u p t m a n n und K i e d e l wird behauptet, daß der Zeitlohn nur eingeführt sei, um den tariflichen Stücklohn zu umgehen.

Von dem Vertreter der Firma I s r a e l, Herrn B e c k e r, wird erklärt, daß er nicht auf den Reichstarif verpflichtet sei und daß die Firma berechtigt wäre, in Zeitlohn arbeiten zu lassen. Er bestreitet, daß die Firma von den Arbeiterinnen eine bestimmte Stückleistung pro Tag verlangt. Die Akkordlöhne könnten schon deshalb nicht gezahlt werden, weil dann die Verdienste dieser Arbeiterinnen gegenüber den anderen Betriebsarbeitern zu große Unterschiede aufweisen würden.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Firma den Reichstarif anerkennt, erklärt Herr Becker, den Stücklohnarbeiterinnen im Betriebe und denen, welche bei Zwischenmeistern für seine Firma gearbeitet haben, den Tarifpreis ab 6. Dezember 1915 nachzahlen zu wollen. Soweit in Zeitlohn gearbeitet wird, soll die Lohnzahlung nicht von einer bestimmten Stückleistung abhängig gemacht werden. Soweit die Firma J o r d a n hierbei in Frage kommt, wird sich die Firma I s r a e l mit dieser über die Art der Nachzahlungen verständigen.

2. Die Firma J o r d a n = Berlin, Marktgrafenstraße, wird beschuldigt, Mantel- und Kochgeschirriemen in der Heimarbeit hergestellt zu haben, ohne dabei die tariflichen Löhne zu berücksichtigen. Der Vertreter der Firma, Herr Schareg, erklärt, daß sie nur zwei Zwischenmeister, Minnuth und Trudis, beschäftigt haben, die übrigen seien Heimarbeiter und keine Zwischenmeister gewesen. An die Heimarbeiter und Zwischenmeister haben sie für die Mantelriemen 17 Pf. und für die Kochgeschirriemen 15 Pf. bezahlt. Der Vertreter erklärt aber weiter, daß er selbst nur Zwischenunternehmer für diese Arbeiten gewesen sei; er würde mit dem Chef der

Firma sprechen, ob der direkte Auftraggeber genannt werden könne. Die Verhandlungen über diesen Fall werden vorläufig ausgesetzt und soll eventuell die Klage gegen den ersten Auftraggeber erhoben werden.

3. Die Firma D i n g e l d e y u. W e r r i z hat am Vorabend vor Weihnachten den Lohnarbeitern statt 9 Stunden nur 8 Stunden Zeitlohn ausbezahlt. Die Beisitzer sind sich über die Auslegung des Tarifvertrages in diesem Punkte nicht einig. Nach Vorschlag des Herrn Vorsitzenden soll Auskunft bei dem Gewerbeinspektor eingeholt werden, ob, wie ein Polizeibeamter in seinem Betriebe gesagt habe, es richtig sei, daß auch die Gehilfen an den Tagen vor dem Fest eine Stunde früher Arbeitslohn hätten. Im Verlaufe der Verhandlungen wird darauf verwiesen, daß eine solche Bestimmung nur für Jugendliche und Arbeiterinnen bestche. Die Schlichtungskommission entscheidet, daß für den Fall, daß einschränkende gesetzliche Bestimmungen für diese Tage nicht bestehen, 9 Stunden, in anderen Fällen aber nur 8 Stunden Lohn zu zahlen sei.

4. Die Firma H e i n r i c h H o f f m a n n j r. hat die von der Berliner Schlichtungskommission festgesetzten Zuschläge für Mietpreise eine Zeitlang nicht bezahlt, später aber wieder nach Spruch der Schlichtungskommission nachgezahlt. Ein Arbeiter, der in fraglicher Zeit der Entscheidung der Schlichtungskommission bei der Firma außer Arbeit trat, erhebt Anspruch auf Nachzahlung. Die Schlichtungskommission erkennt die Richtigkeit der Forderung an.

\* \* \*

Der Verlauf dieser Schlichtungskommissions-sitzung hat wegen des zur Verhandlung stehenden Falles über die Lohnzahlung der Flaschenriemenstücke ein über die Grenzen Berlins hinausgehendes Interesse. Unsere Leser sind ja darüber unterrichtet, in welcher Weise die Feldflaschenlieferanten es verstanden haben, die festgesetzten und von dem Bekleidungsbeschaffungsamt gebilligten Stücklöhne für Lederriemenstücke zu umgehen. Neben den Werkstattdarbeiterinnen der Firma I s r a e l wurden mehrere hundert Heimarbeiterinnen, meistens Kriegerfrauen, in einzelnen Fällen bis über 120 Mk. geschädigt. Die Bezahlung der vom Zentraltarifamt am 2. Dezember 1915 festgesetzten ab 6. Dezember 1915 geltenden Stücklöhne für

vierteilige Feldflaschenriemen 15 Pf.,  
dreiteilige Feldflaschenriemen 12 Pf.,

ist auf Grund der von unserem Verband geführten Beschwerde von dem Bekleidungsbeschaffungsamt den Lieferanten zur besonderen Pflicht gemacht. Der Einspruch einzelner Unternehmer, der Reichstarif und die darin vorgesehenen Sanktionen seien für sie nicht bindend, ist damit hinfällig. So ist auch zu verstehen, warum die Firma I s r a e l es nicht erst auf eine Entscheidung der Schlichtungskommission ankommen ließ, sondern freiwillig die Nachzahlung übernommen hat.

Die Arbeiterinnen der Firma I s r a e l sowie alle, die bei Zwischenmeistern oder Zwischenunternehmern dieser Firma gearbeitet haben, haben ab 6. Dezember 1915 einen Anspruch auf den Teil des Lohnes, den sie weniger als wie 15 bzw. 12 Pf. erhielten. Die Zwischenmeister und Zwischenunternehmer werden aufgefordert, eine Liste ihrer Arbeiterinnen mit Angabe der angefertigten Stückzahl der Firma I s r a e l einzureichen. Auf Grund dieser Verzeichnisse erhalten dann die Arbeiterin die Aufforderung sich den zu wenig gezahlten Lohn abzuholen. Da es möglich sein kann, daß einzelne Zwischenmeister der Aufforderung, die Listen einzureichen, nicht nachkommen, oder daß im Orange der Geschäfte vergessen wird, irgendeinen auf Nachzahlung Berechtigten aufzuführen, so wird es gut sein, den 31. Januar abzuwarten. Wer bis dahin noch keine Aufforderung erhalten hat, der bemühe sich zu dem Zwischenmeister, für den er gearbeitet hat, und verlange dort eine Arbeitsbescheinigung mit Aufstellung der seit dem 6. Dezember angefertigten Stückzahl. Die so nachgewiesenen Ansprüche sind dann direkt an die Firma I s r a e l zu richten.

Für die Firma S c h. J o r d a n, Endeplatz, trifft Vorstehendes ebenfalls zu.

Die Angelegenheit mit der Bezahlung der Flaschenriemenstücke ist so recht ein Schulbeispiel dafür, wie es nicht sein dürfte. Wären die Arbeiterinnen Mitglied einer Gewerkschaft, würden sie sich mehr als wie geschehen um ihre berufliche Lage kümmern, sie würden oftmals nicht genötigt sein, für Hungerlöhne zu arbeiten und sich Anerbietungen gefallen lassen zu müssen, die auch ihrer Ehre nicht entsprechen. Unser Verband hat den Beweis erbracht, daß er alle Schwierigkeiten überwindet, den Arbeit-

terinnen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Viel leichter und noch durchgreifender könnte es geschehen, wenn alle Berufsgenossen und -genossinnen gewerkschaftlich organisiert und gewerkschaftlich tätig sind.

## Sitzung der Schlichtungskommission für das Lederausüstungs-Gewerbe, Nürnberg.

In der Sitzung am 15. Januar 1916 waren anwesend: Herr Kiffinger als Vorsitzender, die Herren Willi Schmidt und G. Gutkind als Arbeitgeberbeisitzer, die Herren Karl Liebig und Wilhelm West als Arbeitnehmerbeisitzer.

Für den klägerischen Verband ist erschienen Herr August Schramm, Vorsitzender der Zahlstelle Nürnberg. Die beklagten Firmen sind vertreten durch Herrn Ferdinand Försch in Firma Försch u. Co. und Herrn Johann Leis, Tapezierermeister.

Gegenstand der Verhandlung bildet eine Klage des Verbandes der Sattler und Portefeuller, Zahlstelle Nürnberg, gegen 1. die Firma Försch u. Co., gegen welche beantragt ist, den Schuhmacher Seb. Wallinger einen zu wenig gezahlten Stundenlohn in der Höhe von 40,01 Mk. nachzugahlen, 2. gegen den Tapezierermeister Johann Leis, gegen welchen beantragt ist, der Arbeiterin M. N. 190,20 Mk., der Arbeiterin A. L. 199,20 Mk., dem Arbeiter F. N. 91,80 Mk. zu wenig bezahlten Akkordlohn gemäß Reichstarif nachzugahlen. Weiter wurde verhandelt über eine Zuschrift des Stellv. Generalkommandos des Rgl. III. Armeekorps, die Lohnverhältnisse in der Sattlerei Potenhauer, Schweinauer Hauptstraße 69, betreffend.

Zu Fall 1: Nach durchgeführter Verhandlung erklärt sich Herr Försch namens seiner Firma im Wege des Vergleichs bereit, dem Schuhmacher S. W. die für drei Wochen, nämlich vom 5. bis 24. Juli zu wenig bezahlten Stundenlöhne mit 15,33 Mk. nachzubehalten. Die Schlichtungskommission erachtet ein Verschulden des V. darin für gegeben, daß derselbe sich nicht schon früher eventuell sofort oder einige Zeit nach seinem Eintritt an seine Arbeitgeber dahingehend gewandt hat, daß er als gelernter Schuhmacher laut Reichstarif den Tariflohn wie ein gelernter Sattler, also 75 Pf. Stundenlohn, zu beantragen habe, sondern mit seinen Ansprüchen erst bei seinem Austritt am 30. November hervorgetreten ist. Deshalb wurde auch eine Nachbezahlung nur für diejenige Zeit für genügend erachtet, während welcher die Firma Försch u. Co. Kenntnis davon hatte, daß V. gelernter Schuhmacher ist.

Nachdem bei der Firma Försch u. Co. sich auch Differenzen in der Bezahlung der Lederstepperinnen ergeben haben, hat sich die Schlichtungskommission auch mit dieser Frage beschäftigt, und Herr Försch hat sich bereit erklärt, allen jenen Lederstepperinnen (gleichviel ob auf Maschinen- oder Handarbeit beschäftigt), welche den Tariflohn mit 39½ Pf. noch nicht erhalten haben, diese Löhne vom 3. Januar an zu bezahlen, bzw. nachzubehalten. Hiermit sind alle Ansprüche der Lederstepperinnen abgefallen.

Zu Fall 2: Im Vergleichswege wird von Herrn Leis bezahlt an die Arbeiterin M. N. 80 Mk., A. L. 85 Mk., F. N. 30 Mk. zum vollen Ausgleich derer Ansprüche.

Zu Fall 3: Der Tagesordnung der Schlichtungskommission wird eine Zuschrift des Stellv. Generalkommandos des III. Armeekorps zur Kenntnis gebracht, welches um eine gutachtliche Mitäußerung der Schlichtungskommission ersucht, ob die von dem Sattlermeister Potenhauer bezahlten Löhne dem Reichstarif entsprechen. Es liegt zur Unterzuchung vor: ein Lohnbuchauszug und ein bereits erstattetes Gutachten des Rgl. Gewerberats für Mittelfranken. Während aus dem Lohnbuchauszug absolut nicht ersichtlich ist, ob die bezahlten Löhne gemäß dem Reichstarif berechnet sind (es handelt sich ausschließlich um Heimarbeit, bei welcher wohl der bezahlte Betrag, nicht aber das verarbeitete Quantum angegeben ist, so daß also ein Schluß nicht gezogen werden kann), geht aus dem Gutachten des Rgl. Gewerberats hervor, daß Potenhauer bezahlt: für Mantelriemen 8 Pf., früher sogar nur 6 Pf., für Kochgeschirriemen 4½ Pf. Nach Position 14 und 15 des Reichstarifs ist aber der Stücklohn zusätzlich des 20prozentigen Kriegszuschlages für Mantelriemen 14,4 Pf., für Kochgeschirriemen 6,6 Pf., so daß also hieraus hervorgeht, daß Potenhauer die Reichstariflöhne nicht bezahlt. Die Schlichtungskommission hat demnach dem Rgl. Generalkommando in diesem Sinne Bericht erstattet.

## Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Aus Anlaß einer Beratung zwischen Vertretern der deutschen und der österreichischen Arbeiterbewegung, die am 9. Januar im Reichstagsgebäude stattfand und sich mit den Fragen der künftigen Wirtschaftspolitik und eines engeren wirtschaftspolitischen Verhältnisses zwischen den europäischen Mittelstaaten

beschäftigte, traten die Vertreter der Verbandsverbände am 10. Januar zu einer eintägigen Konferenz zusammen. Drei Gewerkschaftsvertreter Desterreichs, die Genossen Domes, Grünwald und Hanusch, wohnten als Gäste den Verhandlungen bei.

Der Bericht der Generalkommission beschränkte sich diesmal auf die Angelegenheiten der Tarifstatistik, der Abänderung des Reichsvereinsgesetzes und der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Fragebogen zur Tarifstatistik sind vom Reichsstatistischen Amt bereits verfaßt und von einer Reihe von Verbänden ausgefüllt worden. Es empfiehlt sich also, sie allgemein durchzuführen, obwohl darüber kein Zweifel sein kann, daß das Berichtsjahr in tariflicher Hinsicht ein völlig anomales sei und keinerlei Vergleiche mit anderen Jahren zulasse. Einige Eingelassenen bezüglich der Statistik wurden durch die Debatten geklärt.

In bezug auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge wurde über die Einsetzung eines Reichsarbeitsausschusses berichtet, der alle Angelegenheiten auf diesem Gebiete zusammenfaßt und durch Unterausschüsse die einzelnen Arbeitsgebiete regelt. Die Generalkommission hat zum Reichsarbeitsausschuß wie zu den Unterausschüssen Vertreter ernannt und wird gemäß dem Beschluß der vorhergehenden Vorstandskonferenz eine besondere Arbeitskraft für die Sammlung und Bearbeitung der auf diese Aufgabe bezüglichen Materialien einstellen. Eine geeignete Kraft konnte bisher noch nicht gewonnen werden. Zudem wurde aus der Konferenz der Wunsch geäußert, den Versuch, einen geeigneten Mann für diese Aufgabe zu erhalten, doch zu erneuern, und da Vorschläge dafür gemacht wurden, so stimmte die Konferenz dieser Auffassung zu.

Weiter wurde berichtet, daß die Aenderung des Reichsvereinsgesetzes vom Reichstag beschlossen sei, aber noch der Zustimmung des Bundesrats entbehre, der während des Krieges lediglich die Gewerkschaften von den Wirkungen des Vereinsgesetzes für politische Vereine ausnehmen, alles weitere aber bis nach dem Kriege zurückerstellen sollte. Eine Gesetzesnovelle hierfür sei in Vorbereitung und noch in den nächsten Monaten zu erwarten.

Der Bericht der Generalkommission wurde zur Kenntnis genommen. Sodann beantragte die Generalkommission, in Rücksicht auf die ganz außerordentliche Verteuerung aller Lebenshaltungskosten denjenigen Angestellten, die im Innen- oder Außendienst der Generalkommission beschäftigt sind und deren jetziges Gehalt 3000 Mk. einschließlich nicht übersteigt, eine Aufbesserung von 10 Mk. monatlich zu gewähren. Die Konferenz schloß sich der Begründung dieses Antrages an, erhöhte indes die Gehaltszulage auf 15 Mk. pro Monat.

In ihrem weiteren Verlauf befaßte sich die Konferenz eingehend mit den gegenwärtigen Vorgängen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ihren Rückwirkungen für die Vertretung der Interessen der Gewerkschaften. Allgemein wurde der Disziplinbruch der zwanzig Fraktionsmitglieder, die sich zu einer Sonderaktion im Reichstage zusammengefunden haben, aufs schärfste verurteilt. Die Aussprache endete mit der Feststellung, daß die Konferenz auch angesichts der gegenwärtigen Situation an der am 7. Juli 1915 abgegebenen Erklärung festhalten müsse: Daß die Stellung der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses, sowie des Parteivorstandes allein den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen diene, sowie daß die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften widersprechen und ihre Durchsetzung eine Preisgabe alles dessen wäre, was die Gewerkschaften erstreben.

### Korrespondenzen.

**Bielefeld.** (C. 24. 1.) Am 14. Januar lagte unsere erste Versammlung im neuen Jahre. Von einer Neuwahl der Funktionäre wurde wie im vergangenen Jahre Abstand genommen, doch machte es sich nötig, für unseren abgereiften Kassierer, Kollegen Ball, welcher fünf Jahre das Amt zur vollsten Zufriedenheit der hiesigen Verwaltung versehen hat, einen neuen zu wählen. Es wurde Kollege Müller hierzu einstimmig gewählt.

Der Vorsitzende gab hierauf einen kurzen Rückblick über das vergangene Jahr. Trotz der Kriegswirren habe sich unsere Verwaltung so ziemlich gehalten. Fünf Vorträge fanden im verfloffenen Jahre statt. Durch die Verhältnisse, wie sie der Krieg mit sich brachte, waren die Versammlungen nicht immer so besucht, wie es hätte sein können. Bis Dezember waren etwas über 100 Mitglieder zum Militär eingezogen.

Zur Jahresabrechnung ist folgendes zu erwähnen: In der Hauptkasse betrug die Jahreseinnahme 3171,55 Mk. An die Hauptkasse wurden 2245 Mark gesandt. Die örtliche Verwaltung hatte eine Einnahme von 542,85 Mk. Unsere Lokalkasse hatte am 1. Januar 1915 einen Bestand von 2506,19 Mk., am 31. Dezember 1915 einen solchen von 3344,97 Mk.

und eine Ausgabe von 358,05 Mk., so daß am Schluß des Jahres ein Bestand von 2968,92 Mk. verblieb. Anfang des Jahres 1915 war der Mitgliederbestand 261 männliche und 6 weibliche. Im Laufe des Jahres meldeten sich 135 männliche und 1 weibliches Mitglied ab und 89 männliche und 1 weibliches Mitglied an, so daß am Schluß des Jahres ein Bestand von 126 männlichen und 5 weiblichen Mitgliedern vorhanden war. Im Felde sind 3 Mitglieder gefallen und 1 Mitglied verstorben.

War im Anfang des Krieges auch nach unserer Verwaltungsstelle genügend Militärarbeit gekommen, so ließ sie Mitte des verfloffenen Jahres zusehends nach. — Unjere Verwaltungsstelle war dazu übergegangen, ein Scherflein für die Frauen unserer im Feld stehenden Kollegen zur Unterstützung zurückzuliegen. Es wurde deshalb beschloffen, bei einem Verdienst von 50—80 Mk. 1 Proz. und bei über 80 Mk. 2 Proz. des Verdienstes abzugeben.

Leider muß es auch an dieser Stelle, wie schon früher in einer Nummer unserer Zeitung, noch einmal erwähnt werden, daß sich nicht alle Kollegen dieser heiligen Pflicht bewußt waren, für unsere Kriegerfrauen zu sorgen. Sie steckten lieber das Geld in die Tasche, als das kleine Opfer zu bringen. Sie waren sich nicht bewußt, welch große Opfer und welch übermenschliche Anstrengung mitunter ihre Kollegen in Feindesland leisten müssen. Wenn diese nach Schluß des fürchterlichen Ringens wieder zu uns zurückkehren, werden sie diese Kollegen für ihr unkollegiales Verhalten richtig zu würdigen wissen.

Wir aber wollen nicht verfehlen, an dieser Stelle unseren sämtlichen Kollegen, im Lande und denen im Felde, zu zeigen, wie wir bestrebt waren, etwas für unsere Krieger zu leisten. Es wurden insgesamt bis Ende Dezember 1915 2120,33 Mk. gesammelt. Viermal erhielten die Frauen eine Unterstützung, dreimal wurden Feldpostpakete an unsere Kollegen gesandt und einmal extra nur an die unverheirateten Kollegen. Am Schluß des Quartals blieb noch ein Bestand von 743,61 Mk. Die Ortsverwaltung glaubt hiermit alles getan zu haben, um unseren Kollegen zu zeigen, daß auch die Daheimgebliebenen wußten, welche Pflichten zu erfüllen waren. Bemerkt sei noch, daß der Vorstand auch seine Augen offen hatte, damit der Reichstagsrat immer soviel wie möglich eingehalten wurde und ist uns selbstiges auch zum größten Teil gelungen. Allen denen aber, welche bis jetzt noch nicht ihre Pflicht erfüllt haben, rufen wir am Schluß unserer Jahresbetrachtung zu: Geht in euch und erachtet im neuen Jahre zu besserem Bewußtsein. Holt nach, was ihr bis jetzt veräußert habt, damit auch ihr am Schluß des Krieges, wenn unsere Kollegen wieder in unserer Mitte sind, mit reinem Gewissen mit uns zu ihnen aufsehen könnt in dem Gedanken, euerer vollste Schuldigkeit getan zu haben.

### Rundschau.

**Julius Saube.** Am 20. Januar wurde unter zahlreicher Beteiligung der Gewerkschaften die Leiche des Mitbegründers und Vorsitzenden des Verbandes der Kupferschmiede im Krematorium zu Berlin eingäschert.

Alle Jährnisse des Arbeiterlebens hat unser Freund Saube durchkosten müssen. In dem Vordergrund der Organisation stehend und deren Ziele streng vertretend, zog sich Saube sehr bald den Haß der Unternehmer zu und wurde aus seinem Wirkungskreis Hamburg ausgewiesen. In Magdeburg fand er eine zweite Heimat, als Kupferschmied jedoch keine Arbeit, und so mußte er als Reisender sich sein Brot zu verdienen suchen, was bei einer starken Familie keine leichte Aufgabe war.

Bereits im Jahre 1885 berief Saube die Kupferschmiede nach Leipzig zusammen. Es wurde der Verband der Kupferschmiede gegründet, an dessen Aufbau Saube regen Anteil nahm. Erst im Jahre 1907 übernahm er den Vorsitz und zugleich die Redaktion. In dieser Eigenschaft hat er bis zu seinem Tode gewirkt.

Ein Leben voller Mühe, Sorge und Arbeit ist abgesehen. Möge es dem Verband der Kupferschmiede gelingen, den herben Verlust bald zu überwinden.

### Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Es stehen noch eine Anzahl Verwaltungsstellen mit der Einsendung ihrer Aufnahme bezüglich der

#### Kriegsstatistik

im Rückstand. Wir eruchen die Säumigen, umgehend die ausgefüllten Fragebogen einzusenden.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die

#### Monatsbeiträge

Pflichtbeiträge sind, mithin von jedem Mitglied geleistet werden müssen.

Die Ortsbevollmächtigten werden ersucht, die graue Berichtskarte über die Arbeitslosenzählung Sonnabend, den 29. Januar, auszufüllen und spätestens Sonnabend, den 5. Februar, einzusenden. Der Vorstand.

### Adressenänderungen.

**Bielefeld.** K. Emil Müller, Vormbaumstraße 16.

**Düsseldorf.** K. M. Schönfacht, Gerresheimer Straße 59.

### Sterbetafel.

Den Heldentod auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieder:

Ernst Ayt, Berlin, 24 Jahre alt.  
Karl Lahne, Berlin, 21 Jahre alt.  
Franz Hemmerle, Chemnitz, 27 Jahre alt.

**Breslau.** Am 10. Januar ist unser Mitglied Georg Scholz im Alter von 41 Jahren verstorben.

**Düsseldorf.** Im Lazarett verstarb unser Mitglied Jakob Brunner, 21 Jahre alt.  
Ehre ihrem Andenken!

## Anzeigen

### Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 2. Februar 1916, abends 8 Uhr

### Branchenversammlung (Militärbranche)

in den **Armee-Hallen**, Kommandantenstraße 58/59.  
Zahlreichen Besuch erwartet

Die Branchenleitung.

## Treibriemensattler

gut eingearbeitet, zu dauernder, lohnender Beschäftigung gesucht von

Frdr. Hanneke jun., Treibriemenfabrik,  
Berlin-Cegel.

## Militärfreier

# Werkmeister

für Kofferfabrikation, speziell  
Vulkanfaserkoffer

sofort gesucht. Angebote unter 935 an die  
Expedition dieser Zeitung.

## Näherinnen und Stepperinnen

gesucht, die auf Kunstlederwaren eingearbeitet sind. Bevorzugt werden solche, die in der Lage sind, neue Arbeiterinnen anzulernen und zu beaufsichtigen. Eintritt sofort oder später. Bewerbungen mit Angabe der Lohnansprüche zu senden an

Max Armbruster & Co., Bergedorf-Hamburg.

## Wachstuch

Kunstleder-Reste kauft ständig  
Wachlin, Berlin N., Zionskirchplatz 7.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

**Bruno Steffen**, Berlin SW. 19,  
Lindenstr. 63.

Gegründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franko.